

DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

April
2015

EDITORIAL



von Tilo Kießling

Sehen wir uns?

Das Wetter wird besser, die Lebensgeister regen sich und die Freude auf den Wahlkampf steigt. Die Wahlplakate sind in Druck, die Plakatiereteams werden gebildet.

Vorher aber treffen wir uns. Zu unserem Picknick am 1. Mai, am Alaunplatz. Kommt ihr hin? Bringt ihr für den Picknicktisch etwas zu Essen und Getränke mit? Und Gesprächsthemen auch, für die Genossinnen und Genossen, die ihr lange nicht gesehen habt, für die Landtagsabgeordneten und Stadtratsmitglieder, für Katja Kipping und unsere OB-Kandidatin Eva-Maria Stange?

Unsere Zeitung informiert uns über die Auseinandersetzungen im Stadtrat, die sich um die Planungen für eine neue kommunale Wohnungsgesellschaft ranken, um die Frage, ob die Stadt ein Bürgerbegehren zu stadtweiten Sonntagsöffnungszeiten hätte durchführen müssen und um das harte Ringen mit der Baulöwin Töberich in der Leipziger Vorstadt. Sie zeigt, wie unsere Partei und ihre Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sich in die Diskussion um die geplanten Freihandelsabkommen einbringen, wie sie zum Frauentag Flagge zeigen. Und sie zeigt ebenso, wie die Vergangenheit in bedrückender Weise ins heute hineinreicht. Danke an alle Genossinnen und Genossen, die sich um die Erinnerung an den Tag der Befreiung bemühen.

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere Zeitung bietet einigen Lesestoff, kann aber die lebendige Debatte nicht ersetzen. Deswegen sollten wir uns mehr Zeit dafür nehmen. Viele Themen zwingen uns zu einer Selbstverständigung, immer wieder. Suchen wir nach den Orten und Gelegenheiten zum Gespräch, immer wieder. Unsere Partei braucht diese neuen Orte und Gelegenheiten. Sie müssen die bisher geübten Formen des Parteilebens ergänzen.

Wenn ihr einen Versuch startet, scheut euch nicht, ladet uns ein, dabei zusehen. Ich bin mir sicher, wir sehen uns!

www.tilo-kieszling.de

Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung



Foto: Justin/flickr.com (CC BY-NC-ND 2.0)

von Annekatri Klepsch

„... es hängt nicht allein von einem Datum und zufälligen Bewegungen der alliierten Truppen ab, wann einer befreit wird, sondern doch auch von gewissen schwierigen und lang andauernden Bewegungen in ihm selbst.“, formulierte Christa Wolf in der Erzählung Blickwechsel.

Diese erschien 1985, 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Im gleichen Jahr, auf der anderen Seite der Mauer, hielt der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker eine Rede, die in die Geschichte einging. Er nannte den 8. Mai vor dem Deutschen Bundestag einen „Tag der Befreiung vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ und löste damit eine Debatte aus, wie dieser Tag historisch einzuordnen sei.

Während die Soldaten der Deutschen Wehrmacht, die über mehrere Jahre Zerstörung, Leid und Tod über ganz Europa gebracht hatten, den 8. Mai als militärische Niederlage erlebt haben mögen, war das Datum der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches für die Hunderttausenden Überlebenden in den Konzentrationslagern zweifelsohne ein Tag der Befreiung. Millionen Menschen konnten den 8. Mai nicht mehr als Befreiung erleben, da sie zuvor erschossen, verhungert, vergast oder durch Zwangsarbeit ermordet worden waren.

In der DDR war der 8. Mai ein Feiertag, jedoch nur bis 1966, dann wurde er zugunsten der Einführung der Fünf-Tage-Woche abgeschafft. Diese Unterordnung des kollektiven Erinnerns unter ökonomische Zwänge mag uns heute im Rückblick auf das untergegangene Land seltsam anmuten. Die Bundesrepublik demgegenüber benötigte viel länger, das Ende des Nationalsozialismus durch die bedingungslose Kapitulation und den Sieg der Alliierten nicht als Niederlage, sondern als Schrecken mit Ende zu begreifen und einen Gedenktag für die Opfer der Nazis zu finden. Unter dem CDU-Bundespräsidenten Roman Herzog wurde der 27. Januar, Tag der Auschwitz-Befreiung, offizieller Gedenktag der Opfer des Nationalsozialismus. Die Einführung dieses Gedenktages vor zwei Jahrzehnten sollte jedoch kein Grund sein, auf den 8. Mai als offiziellen Gedenktag der Befreiung zu verzichten. Vielmehr würden die Dimensionen von Nazidiktatur, Gewalt und Vernichtung in ein neues Verhältnis gesetzt. Die Menschen in den von Deutschland überfallenen und besetzten Ländern sowie in den Konzentrationslagern haben unermessliches Leid erlitten. Nachwachsende Generationen sollen erfahren, dass es nicht reicht, den Opfern des deutschen Faschismus zu gedenken, sondern auch, dass erst mit der bedingungslosen Kapitulation auf Druck der Alliierten die Befreiung von einem totalitären Regime mög-

lich und das selbsternannte Dritte Reich dem Untergang geweiht war.

In Frankreich, Tschechien und der Slowakei wird der 8. Mai als Feiertag begangen, in Mecklenburg-Vorpommern ist er seit 2002 Gedenktag, nur die Bundesrepublik lehnt unter ihren bisherigen Regierungen eine gesetzliche Verankerung ab. Der 70. Jahrestag des Sieges der Alliierten über die deutschen Faschisten, der Kapitulation der Wehrmacht und das Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sollte Anlass für den Bundestag sein, den 8. Mai zum Gedenktag zu erklären, wie es DIE LINKE im Bundestag fordert.

Angesichts weltweit zunehmender Krisenherde und Kriege um Macht und Rohstoffe und mehr als 50 Millionen Menschen auf der Flucht muss unsere Lehre sein: Nieder wieder Krieg, nie wieder Faschismus!



Annekatri Klepsch
und Tilo Kießling sind
Vorsitzende von
DIE LINKE. Dresden

annekatri.klepsch@dielinke-dresden.de

www.annekatri-klepsch.de

8. Mai 1945

Der Tag der Befreiung

von Sven Brajer

Entgegen aller politischen und militärischen Vernunft verlangte Sachsens Gauleiter Martin Mutschmann (1879-1947) noch Mitte April 1945 von der Dresdner Bevölkerung, die Stadt mit allen Mitteln zu verteidigen. Dabei war abzusehen, dass amerikanische Truppen am 18./19. April Leipzig einnehmen würden, bzw. bereits Vororte von Chemnitz und Teile des Westerzgebirges besetzen. Von Osten her näherte sich die 1. ukrainische Front der Roten Armee im Verbund mit polnischen Militäreinheiten und lieferte sich in der Oberlausitz um Bautzen schwere Gefechte mit den Resten der Heeresgruppe Mitte. Erst am 6. Mai befahl Feldmarschall Ferdinand Schörner (1892-1973) dem Chef des Verteidigungsbereichs Dresden, General Freiherr von und zu Gilsa (1889-1945), die kampflose Räumung Dresdens, wobei dies nicht zwingend die kampflose Einnahme bedeutete. Die Aussichtslosigkeit der militärischen und politischen Lage ließ vor allem jene wirtschaftlichen und politischen Eliten, welche besonders eng mit den Nationalsozialisten verbandelt waren, scharenweise Richtung Westen oder Süden fliehen.

Am 7. Mai ordnete der noch amtierende Bürgermeister Ferdinand Rudolf Kluge (1889-1945) die Beurlaubung sämtlicher wehrpflichtiger Stadtangestellter sowie die Anordnung zur Flucht für die Zivilbevölkerung an. Zurückgebliebene Wehrmächts- und Volkssturmmangehörige sprengten vier der fünf Dresdner Elbbrücken. Zu dieser Zeit erreichte die Rote Armee bereits Radebeul und besetzte bis zum Nachmittag auch die angrenzenden nördlichen Stadtbezirke Dresdens. In der sächsischen Gauhauptstadt stießen die Sowjets auf letzten deutschen Widerstand, dieser hatte sich hinter mannhohen Barrikaden aus Eisenträgern und Steinen verschantzt. Am späten Nachmittag standen sich am Albertplatz sowjetische Panzer sowie eine SS-Einheit und Volkssturmmangehörige gegenüber. Noch bevor der letzte deutsche Soldat über die Carolabrücke ans andere Elbufer fliehen konnte, explodierten die angebrachten Sprengladungen.

In der Nacht und am frühen Morgen des 8. Mai überquerten sowjetische Truppen unter Umgehung des Stadtzentrums die Elbe, denn hier gab es noch verein-



Foto: Yevgeni Chaldej, Auf dem Berliner Reichstag, 2. Mai 1945

zelt Gegenwehr von Wehrmächts- oder Volkssturmmangehörigen. Nach kurzen aber heftigen Artillerieeinsatz, besetzten die Sowjets die westlich der Elbe befindlichen linkselbischen Stadtteile. Wie sich Kriegsende und Besatzungsanfang in Dresden für die Panzertruppen des Marschalls Iwan Stepanowitsch Konjew (1897-1973) darstellten, beschrieb die Moskauer Prawda tags darauf in einem der letzten Kriegsberichte. „Die Kämpfe um Dresden“, so heißt es darin, „waren nicht von langer Dauer, aber sehr erbittert. Nach einem schweren Angriff wichen die Reste der zerschlagenen Besatzung, die von unseren Panzern und Infanteristen aus dem Nordteil vertrieben worden waren, auf das südliche Ufer der Elbe zurück und versteckten sich dort in der alten Festung. Die Besatzung hielt dem aus ihrem Rücken geführten Angriff nicht stand, sie hisste auf den Türmen der Festung die weiße Flagge. Nach kurzer Zeit begriffen die Dresdner, dass die Goebbelspropaganda unverschämte gelogen hatte.“ Vereinzelt schossen noch deutsche Soldaten auf die Sowjets und diejenigen Einwohner Dresdens, die weiße Fahnen gehisst hatten. Dabei starb auch der Arzt und Wissenschaftler Rainer Fetscher (1895-

1945), der in den letzten Kriegsjahren immer deutlicher zum Antifaschisten wurde und offenbar einer Widerstandsgruppe angehörte. Fetscher fuhr zusammen mit Hermann Eckardt (1901-?, SAP-Mitglied, später KPD), ebenfalls mit weißer Flagge, den Sowjets entgegen und wurde dabei mutmaßlich von abrückenden SS-Männern erschossen. Als kurze Zeit später die Sowjets die ganze Stadt in Besitz nahmen, versteckten sich die Deutschen in den Kellern. Viele von Ihnen waren erstaunt, dass die Russen überhaupt wie Menschen aussahen und sich so benahmten – die jahrelange Nazi-Propaganda hatte in den meisten Köpfen tiefe Spuren hinterlassen.

Der Tag des nominellen Kriegsendes in Europa fiel in Dresden auf den Tag der Deutschen Kapitulation und wurde für die Sieger zu einem Fest. Ein Großteil der Sowjettruppen marschierte über das „blaue Wunder“, der unzerstörten Elbtalbrücke, in die Stadt hinein. Zielstrebig besetzen sie Verwaltungs- und Wirtschaftsbetriebe und dämmten so beginnende Plünderungen von Seiten der Zivilbevölkerung und befreiten Zwangsarbeiter ein. Uhren, Schmuck, Radios oder Musikinstrumente wurden jedoch beliebte

Souvenirs bei den Eroberern. Von einer gewaltfreien Übernahme konnte keine Rede sein – die von Deutschen Boden nach Russland 1941 ausgesäte Gewalt kam nun mit großem Sturm zurück.

Ab Mittag bis tief in die Nacht campierten viele Russen auf den Blasewitzer Elbwiesen, spielten Akkordeon und feierten tanzend ihren Sieg über Nazi-Deutschland. Erst im Laufe des Abends und in den nächsten Tagen wurden periphere Stätten, wie der Flugplatz Klotzsche, in Beschlag genommen. Die meisten Russen kannten weder den Zwinger noch die Frauenkirche, doch erinnerte die zerstörte Stadt in der die Leichen lagen und man auf den Straßen weder gehen noch fahren konnte, sie an ihre von den Deutschen zerstörte Heimat.

Der totale Zusammenbruch der deutschen Verwaltung und Wirtschaft konnte nur langsam von den sowjetischen Besatzern, gleichsam als neuer politischer Ordnungsfaktor, abgemildert werden. Mit der Errichtung der Dresdner Militärkommandantur in der Pestalozzischule am Rieser Platz in Pieschen um den 23. Mai 1945 war dazu ein erster Schritt getan.

70. Jahrestag der Befreiung – Wir feiern!

10 Uhr
Gedenken zum 70. Jahrestag der Befreiung am Sowjetische Ehrenmal in Dresden am Olbrichtsplatz (Nähe Militärgeschichtliches Museum)

11 Uhr
Kranzniederlegung auf dem Sowjetischen Garnisonsfriedhof am Obelisk

In der Wir AG: Spasibo - Thank You - Merci

16 Uhr
Befreiung vom Faschismus oder Befreiung vom Nationalsozialismus? Offene Gesprächsrunde zu einem begrifflichen Diskurs der LINKEN

20 Uhr
Film und Diskussion „Die Mörder sind unter uns“ (1946)

18 Uhr
Lesung mit Texten von Victor Klemperer, Christa Wolf, Jorge Semprún, Erich Kästner u.a. Es lesen Anja Apel, Pia Barkow, Rica Gottwald und Annkatrin Klepsch
Sonderschau internationaler Grafiken „Frieden“ von 1956

Picknick am 1. Mai

von Uwe Schaarschmidt

Das dritte Mal wird es nun stattfinden, unser Alaunplatz-Picknick zum 1. Mai. Eine oft diskutierte Entscheidung und man kann die Gründe der Kritiker durchaus nachvollziehen. Die Arbeiterbewegung sollte zusammenstehen, am 1. Mai. Nur war davon nicht mehr viel zu sehen, in den letzten Jahren auf dem Schloßplatz. Das Konzept war totgelaufen und es ist durchaus zu begrüßen, dass der DGB mit seinem Standortwechsel einen Neustart versucht. Dass die Dresdner LINKE dies eher begriffen hat, sollte man ihr nicht vorwerfen. So lange es kein gemeinsam erarbeitetes Konzept zwischen DGB, SPD und LINKEN gibt, sollte man das Murren lassen und dafür sorgen, dass das eigene Modell funktioniert.

Ich freue mich jedenfalls auf die lockere Atmosphäre am Alaunpark, die selbstgemachten Salate und Kuchen und die Begegnungen mit den Genossinnen und Genossen jenseits der trockenen Atmosphäre auf Stadtparteitagen. Meine



Lebendiges Treiben im Alaunpark

Fotos: Max Kretzschmar

selbstgebrutzelten Buletten gingen im letzten Jahr weg wie warme Beefsteaks. Am 1. Mai gibt's wieder welche und ich bin gespannt, was ihr so mitbringt.

Dass mit Katja Kipping und Eva-Maria Stange zwei prima Frauen darauf warten, angequatscht zu werden, hat man ja auch nicht jeden Tag.



Proletarier aller Plätze, vereinigt ihr euch am 1. Mai?

von Dr. Wilfried Trompelt

„Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Wäre das nicht eine gute Losung für den Arbeiterkampftag? Eine Losung für das Picknick im Alaunpark, ebenso wie für das Maifest des DGB am Volkshaus? Wie, diese Losung stammt von früher, ist also nicht mehr zeitgemäß? Als Kopfzeile im „Zentralorgan“ wie auch als Front-Transpi zur „Demonstration der Werktätigen“ hat sie seit 25 Jahren ausgedient. Aber einigen kämpferischen Geist aus der Arbeiterbewegung könnten die verschiedenen Maifeste in Dresden schon gebrauchen, egal ob säuberlich nach Parteibuch getrennt oder unter der Fahne des Gewerkschaftsbundes.

Eine Woche zuvor, vom 23. bis 26 April, wird die „linke Woche der Zukunft“ stattfinden. Ich hoffe dort in Berlin Neues über das heutige Proletariat, über die soziale Lage und das politische Bewusstsein der Arbeiter und Angestellten, der Selbstausbeuter und Prekären zu erfahren. Dort wird, wie es im Veranstaltungsprogramm heißt, über „Wegmarken für den ökosozialistischen und radikal-demokratischen Umbau in Richtung einer solaren und solidarischen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts“ gestritten werden. Die Liste der Referent_innen für die über 80 Veranstaltungen ist vielversprechend. Einer der Prominenten ist Hans-Jürgen Urban, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Er spricht dann auch am 1. Mai um 11.00 Uhr auf der DGB-Kundgebung in Dresden. Unsere Parteivorsitzende Katja Kipping wird im Alaunpark sprechen. Vielleicht schließt sich so der Kreis zwischen theoretisch-strategischer Diskussion und gewerkschaftlichen Forderungen in den Betrieben.

Wird es uns nach den zukunftsorientierten Debatten gelingen, deren Impulse im Alltag der politischen Arbeit

umzusetzen? Der 1. Mai bietet die Gelegenheit, mit vielen Kolleginnen und Kollegen, Dresdnerinnen und Dresdnern zu feiern. Leider ist diese alte Tradition in unserer Stadt, wie die Vorjahre zeigten, keine Selbstverständlichkeit. Das dritte linke Maipicknick im Alaunpark und das Maifest des DGB erstmals am Schützenplatz vor dem traditionsreichen Dresdner Volkshaus könnte hier einen Fortschritt bringen. Deshalb überall weitersagen: Heraus zum 1. Mai!

Die diesjährigen Maifeiern sind in Dresden in die Wahlkämpfe zur OB-Wahl am 7. Juni eingebunden. Deshalb wird die gemeinsame Kandidatin Dr. Eva-Maria Stange auf beiden Mai-Veranstaltungen



aufzutreten. Da sind wir gespannt, wie sie als erfahrene politische Akteurin Zusammenhänge zwischen Landes-, Kommunal- und Gewerkschaftspolitik formuliert. Hoffentlich schönes Wetter und gute Laune beim Linkspicknick und beim DGB-Familienfest werden den notwendigen Schwung in die heiße Wahlkampfphase bringen. Beide Feste sollen bis zum Nachmittag andauern.

Außer Kundgebung und Feierlaune bietet besonders das DGB-Fest viele Möglichkeiten zum Austausch über gewerkschaftliche Fragen. Deshalb

sind wir als linke Gewerkschafter mit einem Stand vor Ort. Diskussionsstoff gibt es genug: der Weg zu einem guten Mindestlohn, die aktuellen Tarifikämpfe und Streiks, die vom TTIP ausgehenden Gefahren für gute Arbeit, die Sonntagsöffnungszeiten in Dresden.

Besonders aktuell ist gerade die Verteidigung des Streikrechts, soll doch am 21./22. Mai 2015 das umstrittene „Tarifeinheitengesetz“ im Bundestag beraten und verabschiedet werden. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass bei konkurrierenden Tarifverträgen in einem Betrieb nur derjenige der größeren Gewerkschaft zur Anwendung kommt. Wenn ein Tarifvertrag letztendlich nicht greift,

darf auch nicht mehr dafür gestreikt werden. Mit dem Gesetz soll so ein massiver Eingriff in die Koalitionsfreiheit festgeschrieben werden. Damit ist es grundgesetzwidrig. Es ist nicht geeignet, der angeblichen Zersplitterung der Tariflandschaft Einhalt zu gebieten. Wer das Streikrecht für ganz bestimmte Gewerkschaften einschränkt, bedroht deren Existenz. Das Gesetz ist also der Versuch, Gewerkschaften auszuschalten, ohne sie ausdrücklich zu verbieten. Das sollten auch die Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen bedenken.

KOMMENTAR

Das hässlichste Kind des Neoliberalismus

von Uwe Schaarschmidt

Pegida habe sich radikalisiert, nach rechts entwickelt, fasste das ARD in einer - recht ordentlich recherchierten - Reportage über das Phänomen aus Dresden unlängst fest. Stimmt das?

Wer Augen und Ohren hat und beides auch benutzt, muss dieser Aussage energisch widersprechen. Schon der Name des Ganzen und die ersten „Spaziergänge“ ließen - auch optisch - keinen Zweifel aufkommen, womit man es hier zu tun hatte. Wer heutzutage in einem Land mit Millionen Einwohnern nichtdeutscher Herkunft mit dem Begriff Patriotismus, also Vaterlandsliebe, politisch Stimmung macht, zeigt deutlich, wo er steht. Wer dem noch die Gegensätzlichkeit zweier Weltreligionen hinzufügt, dem geht es um Provokation.

Vor gut fünf Jahren stellte der Soziologe Wilhelm Heitmeyer Ergebnisse in einem Zwischenbericht seiner Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ vor und diagnostizierte darin einen seit Jahren zu beobachtenden, Besorgnis erregenden Anstieg der Verunsicherung und Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Damit einher ginge, so Heitmeyer, eine schwindende Akzeptanz der Kernnormen Gerechtigkeit, Solidarität und Fairness in der Mitte der Gesellschaft, begleitet von einem Gefühl politischer Machtlosigkeit, das sich momentan noch in einer „wutgetränkten politischen Apathie“ äußere. Heitmeyer warnte vor fünf Jahren ausdrücklich davor, dass dieser Zustand ein günstiger Nährboden für Rechtspopulisten sei und hob hervor, dass die große Gefahr dabei in einer Beschreibung der Realität durch die neuen Rechten liege, die er selbst inhaltlich jederzeit unterschreiben könne.

Und so bleibt zu konstatieren, dass die Pegida sich nicht nach rechts entwickelt hat, sondern vielmehr das Ergebnis eines verbreiteten und bewusst herbeigeführten moralischen Werteverlustes ist, der Menschen überhaupt nicht mehr erkennen lässt, dass ihre Ansichten unmoralisch sind. Pegida ist ein Kind des Neoliberalismus. Nichts zeigt dies deutlicher, als die verbal vorgebrachte Verachtung des Parlamentarismus und der postulierte Hass gegen „linksgrün versifftete Gutmenschen“. Darin sind sich die Neoliberalen nämlich einig: Die Erfolgreichen in den Banken, Weltkonzernen und Redaktionsstuben, wie auch die Erfolglosen, von Abstiegssängsten geplagten bei Pegida.

Denkmale

von Rotraut Nähter

Dresden ist meine Geburtsstadt und Heimat. Doch deren Geschichte kenne ich fast nur aus Gesprächen in der Familie und mit Freunden oder aus Büchern. Oft sind es auch Denkmale, die mich an bestimmte Ereignisse erinnern. Dresden beherbergt viele in seinen Mauern. Mindestens vier davon erinnern an das Ende des II. Weltkrieges und den Tag der Befreiung unserer Stadt. Im Stadtzentrum, am Durchgang zur Sempgalerie existiert noch heute eine Inschrift: „Museum wurde überprüft. Keine Minen. Geprüft von Chanutin.“. Die Rotarmistengruppe um Chanutin hat damals das Gelände um Zwinger und Galerie entmint und mit der Inschrift die Verantwortung dafür übernommen. Das ist aber das einzige Denkmal, das mir zur Befreiung Dresdens im Stadtzentrum bekannt ist. Vielleicht existiert es auch nur noch, weil man nicht die ganze Galerie nach 1990 an die Stadtgrenze verbannen konnte.

Für die Rotarmisten, die bei der Befreiung gefallen sind, wurde unmittelbar nach Kriegsende im Auftrag der Sowjetischen Militäradministration in unserer Stadt das erste Denkmal auf deutschem Boden errichtet. Den Auftrag dazu erhielt der Döbelner Bildhauer Otto Paul Rost. Dieses Denkmal wurde auf einem Brunnenfundament auf dem Platz der Roten Armee (dem späteren Platz der Einheit u. heutigem Albertplatz) aufgestellt und am 25. November 1945 eingeweiht. Viele von uns haben jedes Jahr am 8. Mai zur Erinnerung an die Befreier Blumen niedergelegt. Heute verweist dort nur noch eine kleine Tafel an das Denkmal. Die Mehrheit des Stadtrates hatte nach 1990 nichts Wichtigeres zu tun, als dieses



Foto: Denk Mal Fort! e.V. / Susan Donath

Denkmal aus dem Stadtzentrum zu entfernen. Proteste dagegen wurden mit seltsamen Begründungen weggewischt. Nun steht es seit 1994 am Olbrichtplatz in der Nähe des Militärmuseums.

Zwei weitere Denkmale finden wir am Rand der Dresdner Heide auf dem Sowjetischen Garnisonfriedhof am Kannenhenkelweg.

Ein 16 Meter hoher Obelisk, im Auftrag der Stadt entworfen vom Architekten Emil Leibold und ausgeführt vom Bildhauer Friedrich Press, steht seit 1949 auf dem Friedhof. Die russische Inschrift lautet: „Ewige Ehren im Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit der sowjetischen Heimat gefallenen Helden. 1941–1945“.

Anlässlich des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1957 errichtete die Stadt Dresden auf dem Friedhof eine Bronzeplastik „Fah-

nensträger“. Dieses Mahnmal enthält die Inschrift: „Ruhm und Dank den Helden der Sowjetunion, die im Kampf gegen den Faschismus gefallen sind • Die Fahne, die sie uns brachten, nehmen wir auf • Fortan kämpfen wir gemeinsam mit allen fortschrittlichen Menschen für Frieden und Völkerfreundschaft • Die Einwohner der Stadt Dresden November 1957.“

Jedes Jahr am 8. Mai treffen wir uns dort, um der Angehörigen der Sowjetarmee zu gedenken, die 1945 bei den Kämpfen um Dresden gefallen sind oder später ihren Verwundungen erlagen bzw. während ihres Dienstes in der Garnison nach 1945 starben.

Vor zwei Jahren untersagte der Eigentümer SIB die Gedenkveranstaltung auf dem Garnisonfriedhof. Diesen Skandal machte unser Landtagsabgeordneter Dr. Volker Külöw im Auftrag der Fraktion DIE LINKE am 15.05.2013 mit einer Anfrage an die Landesregierung

öffentlich. Im vorigen Jahr fand dann doch wieder ein würdiges Gedenken auf dem Garnisonfriedhof statt, auf der der Dresdner Kulturbürgermeister Dr. Ralf Lunau in sehr bewegenden Worten an die Befreiung Dresdens vom deutschen Faschismus erinnerte

Auch in diesem Jahr treffen wir uns wieder am 8. Mai am Denkmal und auf dem Garnisonfriedhof. Es ließe sich noch viel über diese Denkmäler, ihre Schöpfer und die Anlässe ihrer Errichtung schreiben, aber recherchiert doch selbst dazu in Büchern, die ihr besitzt oder in Bibliotheken findet sowie im Internet, das mir bei solchen Fragen immer hilft. So habe ich z.B. im Internet gefunden, dass der Architekt Emil Leibold (1905 – 1996) nach dem Krieg u.a. in Dresden maßgeblich mit am Wiederaufbau unseres Großen Schauspielhauses, des ersten Gebäudes der Musikhochschule am damaligen Fucikplatz und in Berlin (Unter den Linden 50) am Aufbau des Hauses für das Ministerium für Außenhandel der DDR beteiligt war.

Zum Schluss noch eine Bitte an die Genossinnen u. Genossen, die das Kriegsende und den Tag der Befreiung Dresdens als Kinder oder Jugendliche noch selbst erlebt haben: Schreibt eure Erlebnisse und Gedanken an diese Zeit auf. Vielleicht können wir dazu in Vorbereitung auf den Weltfriedenstag am 1. September damit eine kleine Artikelserie in unserer Zeitung gestalten.

One Billion Rising – Tanz-Aktion gegen Gewalt an Frauen

von Sarah Buddeberg

Am Vortag des internationalen Frauentages haben wir in Dresden nun schon zum dritten Mal die weltweite Straßentanzaktion „One Billion Rising“ mit organisiert und durchgeführt. Die Idee stammt ursprünglich aus Indien, dem Land, das in den letzten Jahren durch massenhafte Vergewaltigungen von Frauen negativ in die Schlagzeilen geriet. Die Aktion One Billion Rising dient als Symbol: Laut Studien erfahren ein Drittel aller Frauen weltweit (sexuelle) Gewalt – also eine Milliarde (One Billion) der Weltbevölkerung. Um darauf aufmerksam zu machen, wird in Städten rund um den Globus eine Tanzchoreographie auf der Straße getanzt – dieses Jahr auch wieder in Dresden.

Zur meistbesuchten Einkaufszeit am Samstagvormittag waren eine Vielzahl von Gleichstellungsinitiativen und -vereinen der Stadt, die SPD und DIE LINKE mit Ständen auf der Prager Straße präsent. Redebeiträge gab es von unserer Oberbürgermeisterkandidatin Eva-Maria Stange und der LINKEN-Europaparlamentarierin Cornelia Ernst. Natürlich wurde auch die einstudierte Choreogra-



fiert getanzt, was viele Passant_innen auf unsere Aktion aufmerksam werden ließ. Alles in allem war es bei strahlendem Sonnenschein eine gut gelungene Veranstaltung, die einmal mehr den Blick auf tagtäglich verübte Gewalt an Frauen richtet.

Denn auch Deutschland ist keineswegs ein Vorbild bei der Bekämpfung von (sexueller) Gewalt. Eine aktuelle Stati-

stik sagt, dass jede_r zweite Arbeitnehmer_in am Arbeitsplatz sexuelle Übergriffe bereits selbst erfahren hat. Das zeigt auf erschreckende Weise, wie aktuell das Thema leider nach wie vor ist.

Die Frauenhäuser – also Orte, die Frauen aufsuchen können, um sich vor häuslicher Gewalt in Sicherheit zu bringen – sind in Sachsen chronisch

Silvana Birkigt, Cornelia Ernst, Pia Barkow und Sarah Buddeberg zur Straßentanzaktion One Billion Rising auf der Prager Straße

Foto: Anton Hörtels

unterfinanziert. Jahr für Jahr bangen die Einrichtungen, aufgrund von fehlender oder nicht ausreichender finanzieller Förderung schließen zu müssen. Im Landeshaushalt ist zwar eine Erhöhung der Förderung von Frauenhäusern vorgesehen, doch ist die eingestellte Summe nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wir brauchen dringend eine verlässliche und ausreichende Finanzierung für Einrichtungen, in denen Menschen Zuflucht und Schutz vor Gewalt finden. Leider ist das für die Sächsische Landesregierung immer noch keine Selbstverständlichkeit. Als Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag werden wir auch in dieser Haushaltsdebatte wieder entsprechende Änderungsanträge einbringen.



DIE LINKE
Fraktion im Dresdner Stadtrat



„Sie wollen Ihre politische Gesinnung an die Stelle von Recht und Gesetz stellen.“

Am 16. April hatte der Dresdner Stadtrat festzustellen, ob ein von CDU und FDP durchgeführtes Bürgerbegehren zu verkaufsoffenen Sonntagen die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt. Die Stadtverwaltung hatte dem Stadtrat vorgeschlagen, das Bürgerbegehren als „unzulässig“ abzulehnen. Dem folgte die Mehrheit der Stadträtinnen und Stadträte aus LINKEN, Grünen, SPD und Piraten. Wir dokumentieren die Rede des LINKE-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach.

„Herr Erster Bürgermeister, meine Damen und Herren,

der Stadtrat hat am 12. Dezember mit den Stimmen von LINKEN, Grünen und SPD eine wichtige Entscheidung getroffen. Wir haben der weitgehenden Kommerzialisierung unserer Gesellschaft Grenzen gesetzt und im Sinne der Sonntagsruhe entschieden.

Heute nun ist über die Frage zu befinden, ob das gegen diese Entscheidung gerichtete Bürgerbegehren von CDU und FDP die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt. Ist dies der Fall, dann hat ohne Wenn und Aber ein Bürgerentscheid stattzufinden. Und wenn nicht, dann muss ohne Wenn und Aber die Unzulässigkeit des Begehrens festgestellt werden. Die gesetzlichen Regeln für Bürgerbegehren haben übrigens nicht LINKE, Grüne oder SPD aufgestellt, sondern CDU und FDP im Sächsischen Landtag. Und ob das CDU-FDP-Bürgerbegehren diese Regeln erfüllt, haben nicht LINKE, Grüne oder SPD geprüft, sondern die Stadtverwaltung mit Dirk Hilbert und Detlef Sittel an der Spitze. Und dass FDP-Hilbert und CDU-Sittel gemeinsame Sache mit Rot-Rot-Grün machen, wird niemand ernsthaft behaupten wollen.

Die Stadtverwaltung ist bei ihrer Prüfung zu einem eindeutigen Ergebnis gelangt. Ich zitiere: „Das Bürgerbegehren ist unzulässig, weil das zur Durchführung eines Bürgerentscheides erforderliche Unterschriftenquorum nicht erreicht wurde.“

Und obwohl die gesetzlichen Voraussetzungen nicht erfüllt sind, verlangt die CDU, das Bürgerbegehren für zulässig zu erklären. Das ist nichts anderes, als die Aufforderung zum vorsätzlichen Rechtsbruch. Das, was Sie hier fordern, ist eine Willkürentscheidung. Sie wollen Ihre politische Gesin-



Foto: Thomas Max Müller / pixelio.de

nung an die Stelle von Recht und Gesetz stellen. Dafür sind die Menschen 1989 nicht auf die Straße gegangen. Das scheint bei der CDU 25 Jahre nach der Wende etwas in Vergessenheit geraten zu sein. Aber dazu gibt es eine aufmerksame LINKE, die Recht und Gesetz gegen politische Willkür verteidigt. Von der ordnungsgemäßen Erfüllung dieser Aufgabe werden uns weder teure Zeitungsanzeigen oder aufwendige Plakatkampagnen, noch der sonst von Ihnen veranstaltete Radau abhalten.

Ich finde an dieser Sache übrigens noch Folgendes bemerkenswert: Sie haben dieses Bürgerbegehren – Parteibegehren passt hier eigentlich besser – als politisches Kampfinstrument eingesetzt. Und Sie sind damit gescheitert. Trotz riesiger Unterstützung einiger Einzelhandelskonzerne, trotz bezahlter Unterschriftensammler, trotz des Umstands, dass in Dresden nur fünf Prozent Unterschriften gesammelt werden müssen und nicht zehn Prozent, wie in vielen anderen sächsischen Städten, trotz des Umstands,

dass sie drei Monate Zeit zum Sammeln hatten und nicht nur zwei, wie das bis zum vergangenen Jahr der Fall war.

Meine Damen und Herren, wenn man vor aller Augen auf offener Bühne eine Niederlage eingefahren hat, sollte man auch die Größe haben, das einzugestehen. Auch trotziges Fußstampfen und lautes Zetern lassen aus dem gescheiterten Parteibegehren kein erfolgreiches Bürgerbegehren werden.“

Mit diesem Newsletter informiert DIE LINKE. Fraktion gleich im Anschluss an die aktuelle Ratsitzung alle Interessenten per Mail über die wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates: www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter

Neuigkeiten aus dem Dresdner Stadtrat

April 2015

DRUCKSACHE

#4

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/176 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · linke-fraktion@dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de

SONNTAGSÖFFNUNGSZEITEN

OPEN
24 HOURS

Nach Recht und Gesetz

Offensichtlich sind FDP und CDU mit ihrem Latein am Ende, sonst wüssten sie, was unter einem kassatorischen Bürgerbegehren zu verstehen ist. Cassare - das heißt so viel wie "kaputt machen", im Falle eines Bürgerbegehrens also das "ungültig machen" einer früheren Entscheidung. Oder eben das "Kassieren" ebendieser. Vom Kassieren, sollte man meinen, müssten die Initiatoren des Bürgerbegehrens für vier verkaufsoffene Sonntage - Händler, Center-Manager, FDP und CDU - etwas verstehen. Verstünden sie etwas davon, dann wüssten sie, dass ein kassatorisches Bürgerbegehren innerhalb von drei Monaten

fünf Prozent der wahlberechtigten Einwohnerinnen und Einwohner gewinnen muss, um zu einem Bürgerentscheid zu führen. Dieses Quorum wurde verfehlt. CDU und FDP forderten in der heutigen Sitzung dennoch einen Bürgerentscheid und schrieben sich den Bürgerwillen auf die Fahne. Die Entscheidung für eine Zulässigkeit eines nach verfehltem Quorum unzulässigen Entscheides wäre rechtswidrig. Für André Schollbach eine klare "Aufforderung zum vorsätzlichen Rechtsbruch, eine Willkürentscheidung, ein Missbrauch von Instrumenten der direkten Demokratie". Der Stadtrat erklärte das Begehren für unzulässig.

Im Zentrum: das Gemeinwohl

Die Entwicklung der Leipziger Vorstadt muss mit Augenmaß und unter Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner stattfinden. Rot-grün-rot hat dafür heute die Weichen gestellt.

Brücke in Pieschen? 4 Meter hoher Hochwasserschutz? Abgebaggerter Elbe-Radweg? Heute standen Bebauungspläne zu den Projekten HafenCity und Marina Garden auf der Tagesordnung. Rot-grün-rot hatte sich in den vergangenen Monaten intensiv beraten, denn die Vorbehalte gegen beide Projekte sind groß: Eine Insellösung im Hochwasserschutz einzig für die geplanten Bauprojekte, Verdrängung von Kreativwirtschaftlern des

Freiraums Elbtal und das alles für geplanten hoch- und höchstpreisigen Wohnraum. Rot-grün-rot setzte sich durch: Für das Gelände Leipziger Straße / Alexander-Puschkin-Platz wird eine Veränderungssperre verhängt. Für die Leipziger Vorstadt insgesamt wird ein Master-Plan erarbeitet - für mehr Grün, preiswerte, familienfreundliche Wohnungen im Areal und einen Hochwasserschutz nicht nur für (wenige) Wohlhabende, sondern für fast 1000 Menschen, die insgesamt im dem Gebiet zwischen Elbe und Leipziger Straße leben. Auf den Vorwurf, man ließe mit diesen Planungen Investoren am langen Arm verhungern, entgegnete Tilo Wirtz: "Dass die Leute in der Leipziger Vorstadt nicht ersaufen, das halten wir für wichtiger als das vermeintliche Verhungern millionenschwerer Investoren."

RATSSPLITTER



7 Männer, 7 Bürgermeister - in diesem Sommer wird das Geschichte sein. Heute lag dem Stadtrat ein Antrag zur Veränderung der Geschäftsbereiche der Verwaltung vor. Neu: ein Bildungsressort, Wirtschaft wird Chef-sache. Damit wäre der Weg frei für die Wahl neuer Bürgermeister und vor allem Bürgermeisterinnen. Entschieden wurde heute aus Zeitgründen allerdings noch nicht.



Rot-grün-rot hat ein Herz für Tiere. Eine Vorlage der Verwaltung zum Umgang mit Pferdefuhrwerken war mit den Fuhrwerksbetreibern ausgearbeitet worden, ohne Tierschutzverbände. Die Berliner Regelung ist da weiter und wurde durch die linke Ratsmehrheit übernommen. Die Entscheidung im Stadtrat wurde allerdings verschoben.



Es war die konservative Stadtratsmehrheit, die 2006 die Gebührenfreiheit für 14- bis 17-jährige Nutzer städtischer Bibliotheken abschaffte und die Gebühren insgesamt erhöhte. Mittlerweile gibt es neue Mehrheiten: Der Stadtrat beschloss heute mit Stimmen der LINKEN die Gebührenfreiheit für Jugendliche bis 17 Jahre. Annekatriin Klepsch: "Die Städtischen Bibliotheken sind Kultur- und Bildungsorte und müssen für alle Altersgruppen attraktiv und bezahlbar sein!"

Gründung eines kommunalen Wohnungsunternehmens

Bezahlbares Wohnen in Dresden

von Dr. Kris Kaufmann

Aktuell arbeiten die Kooperationsfraktionen am Endschliff für die ersten Schritte hin zu einer neuen kommunalen Wohnungsbaugesellschaft. Das gemeinsame Ziel eint bei vielen, kleinen Unterschieden im Detail.

Trotzdem oder gerade weil die Landeshauptstadt Dresden gegen den sächsischen Trend nicht schrumpft, sondern mindestens mittelfristig Wohnbevölkerung hinzugewinnt, zeichnet sich auf dem Dresdener Wohnungsmarkt ein quantitativ und qualitativ notwendiger Handlungsbedarf ab. Selektive Verknappungs- und eindeutige Verteuerungstendenzen in preisgünstigen, mittleren sowie familiengerechten Marktsegmenten sind die Folge und werden neben weiterhin erfreulich hohen Zuzugszahlen nach Dresden durch die etwa 41.000 innerstädtischen Umzüge noch verstärkt.

Die damit in Verbindung stehenden durchschnittlich steigenden Entgelte bei Wiedervermietung führen zu einer zusätzlichen Verteuerung des Angebotes. Die damit insbesondere für einkommensschwächere Haushalte verbundenen Probleme führen zu öffentlichen Handlungsbedarfen, die nicht allein über die freien Marktkräfte lösbar erscheinen. Sie erfordern vielmehr staatliche Intervention und die Finan-



Foto: Simone Lüggen, pixelio.de

zierung von Objektfördermaßnahmen im Mietsegment des Wohnungsmarktes.

Mit der Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft wird weder eine Konkurrenzsituation zu privaten oder genossenschaftlichen Investitionsmaßnahmen im Bereich des freifinanzierten Wohnungsmarktes noch eine marktbestimmende Größe des Wohnraumangebotes mittelfristig angestrebt. Vielmehr soll über die „reine“ bedarfsgerechte Versorgungsorientierung des Angebotes hinaus integrierte Maßnahmen der Quartiersentwicklung, die sich durch flächen- und kostensparende sowie energieeffiziente Baumaßnahmen auszeichnen, auch ein deutlicher Beitrag zur Attraktivierung des Wohnstandortes für Haushaltsgruppen, die sich aktuell nicht aus eigenen Kraft mit bedarfsgerechten – und damit häufig

auch barrierefreien – Wohnraum versorgen können, gewährleistet werden.

Das wohnungswirtschaftliche Engagement des neuen Unternehmens soll sich deshalb auf die Errichtung von preisgünstigen und generationengerechten Wohnraumangeboten, die vollumfänglich Nachhaltigkeitsaspekten gerecht werden, im gesamten Stadtraum spezialisieren. So sind Gebäudekonzepte in möglichst bereits infrastrukturell erschlossenen Lagen zu erarbeiten, die sich durch eine städtebauliche Kompaktheit, durch Barriere- und Schwellenfreiheit, durch Veränderlichkeit von Grundrissen, durch hohe Energieeffizienzstandards sowie vielfältigen Anstrengungen zur Energieeinsparung und die Verwendung nachhaltiger Rohstoffe auszeichnen. Ziel des neuen Wohnungsunternehmens soll es sein, Wohnungen

im gesamten Stadtgebiet zu errichten, im Bedarfsfalle aber auch zu erwerben. Zudem sind Modellprojekte mit geeigneten privaten sowie öffentlichen Partnern anzustreben. Erste konkrete Konzepte sowie Finanzierungskalkulationen liegen bereits vor. Neben Maßnahmen der Wohnraumanpassung im eigenen Bestand sind aus sozial- und stadtentwicklungspolitischer Sicht als notwendig erachtete Flächenankäufe entsprechend vorhandener Bedarfe, Marktangebote und finanzieller Machbarkeit erwünscht. Denn bereits heute ist klar, dass ein kommunales Baulandpotenzial von 16 ha und 800 Wohneinheiten entsprechend gegebener Nachfrage unzureichend ist. Dies ist es umso mehr, da die Stadt Dresden aktuell über mehr als 80 ha ungenutzter Frei- und Brachflächen (so genannte Vorhalte-Reserve) verfügt. Neben dem Unternehmensschwerpunkt der Vermietung von Wohnraum könnten auch Mietkaufrechte sowie im Rahmen von Konzeptvergaben (siehe § 90 SächsGemO) potenzielle kommunale Wohnbauflächen für Schwellenhaushalte sowie Bauherrengemeinschaften mit dem Ziel des Eigentumserwerbs in zentralen innerstädtischen Lagen in enger Abstimmung mit dem Stadtrat und zum Zwecke der unternehmerischen Eigenkapitalstärkung vereinbart bzw. veräußert werden.

kris.kaufmann@dielinke-dresden.de

Willkür erlaubt oder Eigentum verpflichtet?

von Tilo Wirtz

Traurig sieht es aus auf dem Gelände an der Elbe nordwestlich des Neustädter Hafens. Seit der Freiraum Elbtal, der dort lange Zeit eine kreativkulturelle Zwischennutzung betrieb, Ende Februar von den Grundstückseigentümern vertrieben worden ist, sieht es nicht nach einer Baustelle „Marina Garden“ oder „Puschkin Park“ aus. Denn die vorsätzlich durch den Einsatz von Baugerät unnutzbar eingerissenen Gebäude vermitteln eher den Eindruck, dass die Verantwortlichen die Kulisse für das Schlachtfeld eines Kriegsfilms dekorieren wollten, als geordnet und verantwortungsvoll mit dem Grundstück umzugehen.

Wie auf dem Schlachtfeld

Der gegenwärtige Zustand des Grundstückes ist in der Tat nicht das Ergebnis eines ultimativen ultralinken Happenings von Anarchisten. Vielmehr wurde durch die Besatzer in alle Gebäude hereingerissen, vermutlich, damit sie nicht wieder besetzt werden können. Resultat sind aufgerissene Fassaden, einsturzgefährdete Decken und Mauern, eine große zerfetzte Baracke und insgesamt jede Menge Trümmer, die in Bergen auf dem Grundstück herumliegen. Die Eigentümer, die der Meinung sind, auf ihrem Grund und Boden willkürlich verfahren zu können, drohen vielmehr noch damit, den über ihr Grundstück verlaufenden Elbradweg „wegzubaggern“, wenn die Stadt und insbesondere der Stadtrat nicht auf die Vorgabe eines Be-



Blinde Zerstörungswut gefährdet Menschen und Umwelt

Foto: Tilo Wirtz

bauungsplanes verzichtet und die wild gewordene Baulöwin nicht so und so groß und so viel bauen darf, wie sie will.

Schluss mit lustig

Zumindest zwei Dinge sind dabei allerdings übersehen worden. Auch wenn der Abriss der bestehenden Gebäude nicht vom Bauamt genehmigt oder diesem angezeigt werden muss, weil sie zu klein sind, befreit das nicht von der Einhaltung der Sächsischen Bauordnung, die dann von den Zuständigen in privater Verantwortung durchgesetzt werden muss. Da nun aber insbesondere Gebäudereste am unmittelbar öffentlich zugänglichen Bereich des Elbradweges

einsturzgefährdet sind und hier damit eine Gefährdung von Menschen besteht, ist das Bauamt gefordert, diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Dies zum Ersten.

Frevel im Überflutungsgebiet

Zum Zweiten bereitet der nun in Massen herumliegende Bauschutt Kopfzerbrechen. Nicht nur, dass durch den Verlust von Dächern und Gebäudehüllen alles mögliche an Schadstoffen ausgespült werden könnte. Weil das Gebiet vollständig im Überflutungsgebiet der Elbe liegt, darf gar kein Schutt so gelagert werden. Gemäß Wasserhaushaltsgesetz (WHG), §78 Absatz 1 Punkt 5, ist „die nicht nur kurzfristige Ablagerung von

Gegenständen, die den Wasserabfluss behindern können oder fortgeschwemmt werden können“ untersagt. Inzwischen liegt die Trümmerlandschaft seit zwei Monaten in der Gegend und eine Veränderung des Zustandes ist nicht absehbar.

Wird die Verwaltung munter?

Die Verwaltung scheint bisher wenig Interesse zu haben, dem mutmaßlich rechtswidrigen Vorgehen auf dem Anweisen entgegen zu treten. Dabei war das Bauamt nicht immer so desinteressiert. Immerhin flatterte seinerzeit dem Freiraum wahrscheinlich nach einer Denunziation schon mal ein Auflagenbescheid ins Haus, der mit 400 Euro Verwaltungsgebühren garniert war. Jetzt scheint alles wegzuschauen. Denn die Trümmerlandschaft verkommt zum Schauplatz des OB-Wahlkampfes. Der CDU-Anwärter ließ sich schon vor Ort ablichten. Peinlich, dass dem derzeitigen Innenminister während er für die Presse posierte, die offensichtlich haarsträubenden Zustände vor Ort nicht weiter auffielen, fällt doch die Bauordnung in seinen Verantwortungsbereich. Auch auf andere Weise existieren heiße Drähte zwischen der Eigentümer- und Bauherrenschaft zur CDU, ließ man sich doch im Prozess gegen den Freiraum von einer Anwaltskanzlei vertreten, in der ein MdL der CDU Partner ist.

tilo.wirtz@dielinke-dresden.de

KOLUMNE

ganz
hinten
links

von Jens Matthis

„5000 Wohnungen für Dresden“ lässt der Bewerber der CDU für das Oberbürgermeisteramt plakatieren. Eine städtische Wohnungsgesellschaft namens DREWO soll sie bauen.

Markus Ulbig, im Nebenerwerb sächsischer Innenminister, der bisher die Förderprogramme zum Abriss von Wohnungen verwaltete, überraschte mit dieser Initiative nicht nur seine CDU, sondern die ganze Stadt.

War doch bisher niemand, nein wirklich niemand in der Stadt auf die ungewöhnliche Idee gekommen, zur Beseitigung der Dresdner Wohnungsnot eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft zu gründen. Abgesehen vielleicht von den paar tausend Dresdnerinnen und Dresdnern, die ein entsprechendes Bürgerbegehren unterstützten.

Aber der CDU-Kandidat, der für Dresden keine Mühe scheut, das Drogenproblem am Hauptbahnhof bei einem Glas Bier mit dem zuständigen Polizeibeamten und einem Pressefotografen selbst zu lösen und für die Saisonöffnung der Dresdner Pionier... äh Parkeisenbahn, schon mal die Haushaltsberatung im Innenausschuss sausen lässt, hat sicher noch mehr gute Ideen.

So wird er wohl demnächst vorschlagen, in ganz Dresden durch die Einführung der Ortschaftsverfassung für mehr Demokratie in den Stadtteilen zu sorgen. Auch etwas, worauf bisher niemand gekommen ist. Und zugleich etwas, das bisher an der dem Innenministerium unterstehenden Landesdirektion gescheitert ist.

Auch mit einem Sozialticket für den Nahverkehr, das den Namen verdient, wird er wohl bald für frischen Wind in der Dresdner Kommunalpolitik sorgen. Ein weiterer Joker wäre die Rekommunalisierung der Dresdner Musikschule.

Und spätestens mit dem Vorschlag, die Königsbrücker Straße nur zweispurig zu sanieren, sowie die Einkaufssonntage künftig bleiben zu lassen, könnte er im Wahlkampf den Grundstein für die Fortsetzung bewährter CDU-Politik und zur Verhinderung des rot-orangerot-grünen Chaos legen.

jens.matthis@dielinke-dresden.de

Kritischer Beschlussantrag zum intransparenten Freihandelsabkommen

Kommunen gegen TTIP

von Pia Barkow

In immer mehr Kommunen regt sich Widerstand, gegen die Freihandelsabkommen TTIP, TiSA und CETA. So wurde in Frankreich die Losung ausgesprochen: 10.000 Städte und Gemeinden in der EU gegen TTIP & Co. Auch in der Bundesrepublik haben mittlerweile etliche Stadt- und Kreisräte Beschlüsse gefasst, in denen sie die bisher bekannten Verhandlungstexte ablehnen oder Forderungen aufstellen.

Denn die enormen Auswirkungen, die ein Abschluss dieser Transatlantischen Freihandelsabkommen auf die Kommune und ihre kommunalen Unternehmen haben würde, stehen massiv in der Kritik. Die starke Einschränkung des Handlungsspielraums der kommunalen Parlamente umfassen dabei verschiedene, zum Teil sehr empfindliche, Bereiche.

So wären die Regelungen der öffentlichen Beschaffung und Auftragsvergabe de facto in der Kommune nicht mehr steuerbar, wenn beispielsweise mehr Wert auf Sozial- oder Umweltstandards gelegt werden soll. Darüber hinaus soll eine umfassende Liberalisierung von Dienstleistungen angestrebt werden, die auch kommunale Aufgaben berührt, wie zum Beispiel die Abfallverwertung, die Erwachsenenbildung, die Abwasser-

sorgung oder die kommunale Gesundheitsversorgung. All diese Aufgaben sollen nach Wunsch der EU-Kommission dem privaten Wettbewerb oder gar der Privatisierung ausgesetzt werden. Das bedeutet für die Stadtbevölkerung eine deutliche Verschlechterung dieser Dienstleistungen und Versorgung.

TTIP
unfair
handelbar

Zudem wäre die kommunale Daseinsfürsorge nicht von den Investitionsschutzklauseln ausgenommen, das heißt, Konzerne haben die Möglichkeiten, vor privaten Schiedsgerichten nicht realisierte Gewinne einzuklagen. Gründe für solche Klagen könnten Entscheidungen oder Genehmigungsverfahren liefern, die in den kommunalen Parlamenten entschie-

den werden. Das hätte natürlich zur Folge, dass die gewählten VertreterInnen vor jeder Entscheidung genauestens prüfen müssten, ob mit diesen Entscheidungen Schadensersatzklagen drohen. Im Fall der Klage von Vattenfall ist gerade bestens zu beobachten, was das bedeutet: aufgrund der Gesetzesänderungen im Energiebereich klagt Vattenfall auf Entschädigung, hierfür sind im Haushalt mehrere Milliarden eingestellt – die öffentlichen Haushalte müssen hier also im Falle eines negativen Urteils einem privaten Konzern aus öffentlichen Mitteln nicht realisierte Gewinne bezahlen.

All diese aufgezählten Regelungen beeinflussen die kommunalen Parlamente massiv und sind der Grund dafür, dass sich immer mehr Kommunen und auch der Deutsche Städte- und Gemeindetag sehr kritisch oder gar ablehnend zu den Freihandelsabkommen aussprechen.

Im Dresdner Stadtrat haben wir ebenfalls einen entsprechenden ablehnenden und kritischen Beschlussantrag erarbeitet, der ab der kommenden Woche in den Gremien des Stadtrates diskutiert wird – eine Entscheidung im Stadtrat wird voraussichtlich noch vor der Sommerpause getroffen.

pia.barkow@dielinke-dresden.de

Widerstand ist nicht per se kriminell

von Jacqueline Muth

Vom 27. bis 29.5. findet der G7-Finanzgipfel in Dresden statt. Obwohl nicht mit Ausschreitungen gerechnet werde, ist die Polizei „aber auf eine nichtfriedliche Lage vorbereitet.“ (Bericht auf Mopo24 im Internet vom 21.03.2015 „So rüstet sich Dresden für G7“).

Man muss sich schon fragen, was in unserer Gesellschaft nicht in Ordnung ist, wenn angesichts eines Treffens zur vermeintlichen Verbesserung der Weltwirtschaftslage der Ausnahmezustand über die Innenstadt verhängt werden „muss“.

Die Ausschreitungen in Frankfurt anlässlich der Eröffnungsfeier der neuen Europäischen Zentralbank haben erneut gezeigt, dass auch aus der Bevölkerung Deutschlands großer Widerstand drängt gegen das „Weiter so“ der gegenwärtigen Finanzchefs und Wirtschaftsweisen und gegen eine Politik, die in der Mehrheit das weitere Ausräubern der Erde und des Menschen protektiert anstatt infrage zu stellen.

Die Meldungen über brennende Autos, zerschlagene Scheiben und die technische Aufrüstung des Polizeiapparats überlagerten die Berichterstattung über die Motive der gesellschaftskritischen Initiativen. Diese fanden nur am Rande Erwähnung. Tausende von Menschen protestierten friedlich gegen eine Gesellschaftsordnung, die sich auf Raubbau gründet und die Kluft zwischen Arm und Reich weiter und immer schneller vorantreibt.



Foto: Initiative Echte Soziale Marktwirtschaft (IESM) / pixelio.de

Es wäre wünschenswert, wenn der Finanzgipfel in Dresden hier Zeichen setzt und auch jenen ein Podium bietet, die andere Wege aufzeigen als ein „Weiter wie bisher“. Neben einem Sicherheitskonzept ist auch ein Organisationskonzept nötig, dass kritische Stimmen zu Wort kommen lässt und ihnen die Möglichkeit bietet, an die erwartete Prominenz ihre Botschaften auf friedlichem Wege zu übermitteln. Die Demonstrationsfreiheit ist ein Grundrecht. Daher müssen Proteste in Hör- und Sichtweite gewährleistet werden.

Die einseitige und reißerische Berichterstattung über Proteste wie die in Frankfurt schreckt mitunter ab, sich aktiv am Widerstand gegen die Austeritätspolitik und ihre Folgen zu beteiligen. Wer will schon zu den „Krawallos“ gezählt

werden, die Autos anzünden und Steine werfen? Was im Verhältnis weniger laut übertragen wird, das sind die weit zahlreicheren friedlichen Kundgebungen und Protestbekundungen hunderttausender Menschen in ganz Europa.

Die systematische Unterstellung, Widerstand sei per se kriminell, spaltet die Bewegungen und weicht den Widerstand auf. Sie unterdrückt die notwendige Solidarisierung der Bevölkerung und verschärft die Probleme, anstatt sie zu lösen. Wer das verstanden hat, darf nicht länger schweigen.

Die weltweite Finanzkrise aus 2008 ist noch lange nicht überwunden und trägt ihre Folgen in jeden Winkel unserer Gesellschaft. Sie geht uns daher alle an.

muth@dielinke-dresden.de

Wie Rostock-Lichtenhagen...

von Max Schoene

Vom 29. Februar bis zum 3. März verbrachte ich drei Tage und zwei Nächte im Protestcamp, welches die Geflüchteten des „Asylum Seekers Movement“ auf dem Theaterplatz errichteten. Was ich dort erleben musste bestärkte mich in meiner Meinung über PEGIDA und leider auch über einen nicht unwesentlichen Teil der Dresdner Bevölkerung. Ich kam am späten Sonntagnachmittag des 29. Februar im Camp an. Nachdem mit zunehmender Urzeit immer mehr Menschen die eindeutig dem PEGIDA- bzw. Dynamospektrum zuzuordnen waren in Kleingruppen um das Camp herumschlichen entschied ich mich, zusammen mit ein paar Freunden dort zu bleiben und Präsenz zu zeigen. Der Abend war nichtsdestotrotz alles in allem schön. Wir saßen, solange das Wetter es zuließ draußen, rauchten Wasserpfeife, spielten Gitarre und sangen Lieder. In dieser geselligen Runde kam man auch mit vielen Geflüchteten ins Gespräch. Nach einer Nacht, in der ich mehr schlecht als recht geschlafen hatte, ging ich dann zunächst nach Hause. Als ich am Nachmittag wiederkam, wurde mir auf schmerzliche Weise bewusst: Ahja, es ist ja Montag. Auf dem ganzen Theaterplatz tummelten sich Menschen. Vom rechtsradikalen Hooliganspektrum bis zum alteingesessenen spießbürgerlichen Dresdner Wohlstandsrentner war alles dabei. Was ihnen allen gemein war, war der Hass auf den demokratischen,



Foto: Christopher Colditz

friedlichen Protest, der von den Asylsuchenden durch das Camp zum Ausdruck gebracht wurde. Hierbei kam ein eindeutiger Tenor durch: Eine Protestform, die ein wenig aus dem Rahmen fällt, hier in unserer Stadt, auch noch vor der Semperoper und dann auch noch von diesen Menschen? Das geht doch wirklich nicht! Am späten Nachmittag kamen dann doch noch ein paar Menschen, die sich solidarisch mit den Geflüchteten zeigen wollten. Wie wichtig es war, dass möglichst viele Menschen sich an diesem Montagabend auf dem Theaterplatz versammelten, sollte sich noch zeigen. Etwa eine Viertelstunde nachdem der „Abendspaziergang“ PEGIDAS beendet war, kamen die ersten Menschen mit Deutschlandfahnen aus Richtung der Brühlschen Terrasse und versuchten auf den Theaterplatz zu gelangen. Ein

Großteil von ihnen war verummumt und eindeutig dem Hooligan-, bzw. Nazispektrum zuzuordnen. In etwa zeitgleich kam eine Gruppe vollverummumter junger Männer hinter dem Café Schinkelwache, also aus der entgegengesetzten Richtung, praktisch ungehindert auf den Theaterplatz. Kurz darauf kam eine ähnlich aussehende Gruppe Menschen hinter der Semperoper hervor. Es handelte sich also keineswegs um eine „spontane Aktion aufgebracht Bürger_innen Dresdens“, wie es vor allem von PEGIDA-Seite häufig dargestellt wird, sondern um einen koordinierten und geplanten Angriff auf das Camp, der die Polizei aufgrund der viel zu geringen Stärke in der sie in diesem Moment vor Ort war, völlig überforderte, so dass sich mehrmals Unterstützer_innen des Camps und Nazis gegenüberstanden. Die Reaktion

des „bürgerlichen Spektrums“, welches sich die ganze Szenerie hinter einer Polizeikette ansahen, war mindestens genauso erschreckend wie der Angriff selbst. Denn sie applaudierten. Sie applaudierten und stimmten „Räumen, Räumen“ Sprechchöre an. Ich fühlte mich in diesem Moment auf eine seltsame Art und Weise angeekelt und wütend zu gleich und ein Gedanke geht mir seit dem nicht mehr aus dem Kopf: Wie in Lichtenhagen 1992! Auch da waren es Nazis, die ein Asylheim angriffen und „normale Bürger_innen“ die klatschten. Der einzige Unterschied war diesmal, dass sich dem viele entschlossene Menschen entgegengestellt haben. Diesen Menschen gilt mein ausdrücklicher Dank!

Dass die Polizei uns nach dieser Aktion während der ganzen Nacht, mit dem Verweis auf fehlende Einsatzkräfte, einen einzigen Streifenwagen für unseren Schutz am Theaterplatz beließ, am nächsten Tag aber mit 20 Einsatzfahrzeugen anreisen konnte um das Camp zu räumen, soll hier nur eine Randnotiz sein. Was ich als Fazit dieser Tage ziehen kann ist folgendes: PEGIDA ist keine Bewegung unzufriedener Bürger, nicht „das Volk“, die Stimme der Ungehörten, oder als was sie sich sonst so gerne sehen. PEGIDA ist vor allem eins: gelebter, stumpfer Rassismus, den man nicht verstehen, nicht ernst nehmen, sondern bekämpfen muss!

Emanzipatorische Praxis freiflauscheln

von Franziska Fehst und Florian Paulig

Am 27. und am 28. März fand in der Stadt der Moderne, aka Karl-Marx-Stadt, aka Chemnitz das Landjugendplenum der linksjugend [solid] Sachsen statt. Auch wir haben uns auf den Weg in diese durchaus wunderschöne Stadt gemacht! Zehn Minuten vor Abfahrt des Zuges am Hauptbahnhof wurde es noch einmal spannend als wir bemerkten, dass ein Genosse sich nicht wie vereinbart - Hauptbahnhof, sondern am Neustädter Bahnhof einfand. Doch auch er kam kurz vor der Angst und völlig außer Atem noch rechtzeitig an. Nach einer heiteren Zugfahrt (eine Zugfahrt, die ist lustig - oder so) und einem Fußweg von ca. 20 Minuten, auf dem wir alle wichtigen Sehenswürdigkeiten von Chemnitz (Karl-Marx-Kopf, Roter Turm, Semperoper-Verschnitt) sahen, kamen wir endlich in der Jugendherberge an. Begrüßt wurden wir sofort von den Görlitzer*innen, danke dafür, falls ihr das lest! Nachdem wir unser Gepäck auf unsere Zimmer gebracht haben, ging es zum Abendessen. Dann begann der Abend mit zwei zeitgleich ablaufenden Veranstaltungen: Eine Crypto-Party, wo Mensch das Verschlüsseln von E-Mails beigebracht bekommt, und das berühmterichtigte „Socializing“. Aufgrund der infrastrukturellen Voraussetzungen vor Ort konnten den Besuchern der Crypto-Party leider nur die theoretischen Grundlagen erörtert werden, doch wir als Dresdner Linksjugend werden auch die praktische Umsetzung sicher bald noch einmal erproben. Also ging es zum Socializing. Mit Sekt, Bier, guter

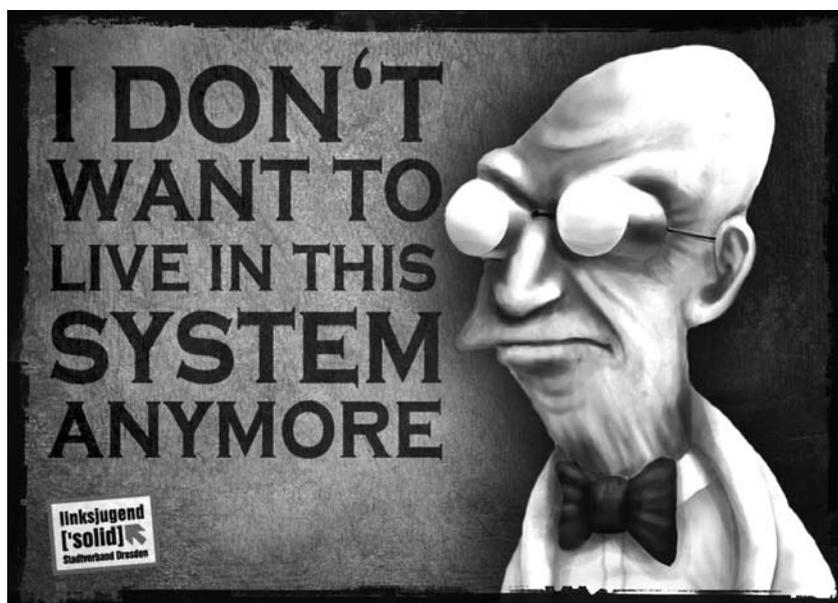


Foto: Sticker der Linksjugend [solid] Dresden

Musik und vor allem mit lauter netten Menschen ließen wir dann den Abend mit lockeren Gesprächen und einem noch lockerem Tanzbein ausklingen.

Am Samstagmorgen erlitten einige dann die Auswirkungen des letzten Abends. Nach dem Frühstück begann dann der ernste Teil des Wochenendes. Erster Tagesordnungspunkt war unser aller Lieblingsthema: PEGIDA! Wir haben überlegt, wie am besten mit den „besorgten Bürger*innen“ umzugehen ist. Neue Erkenntnisse konnten dadurch für uns leider nicht gewonnen

werden. Weiter ging es mit der Nominierung eines neuen jugendpolitischen Sprechers im Landesvorstand, Steffen Juhran. Er muss nun noch im September auf dem Landesparteitag gewählt werden – wir wünschen ihm viel Erfolg dabei! Danach haben wir die Anträge diskutiert. Unter anderem Anträge an den Bundeskongress der linksjugend [solid], darunter beispielsweise eine klare Distanzierung der linksjugend [solid] vom sogenannten „Friedenswinter“ (eine antisemitische Gruppierung um Lars Märholz und Ken Jebsen). Zudem wurden Delegierte für den Landespartei-

tag der LINKEN Sachsen und den Bundeskongress der linksjugend [solid] in Erfurt gewählt. Für die nächsten 2 Jahre werden aus Dresden Mona und Franzi aus unserem Verband zum Parteitag fahren; die beiden werden uns zudem zusammen mit Max P. auf dem Bundeskongress vertreten. Herzlichen Glückwunsch dazu. Alles in allem zwei sehr schöne Tage, bei denen auch ein Leitantrag von unserem alten und neuen JuPo abgesegnet wurde, der mit folgender Ansage endete: „Wer es nicht lassen kann, einen besonders „linken Flügel“ bei DIE LINKE. Sachsen zu suchen, hat ihn gefunden: Schönen guten Tag, unser Name ist linksjugend [solid] Sachsen.“



Treffen: jeden Di, 18 Uhr, WIR AG
E-Mail: info@linksjugend-dresden.de
Im Netz: www.linksjugend-dresden.de



APRIL

24 Der Euro und die Krise der EU

Vortrag und Diskussion mit Joachim Bischoff, Wirtschaftswissenschaftler, Publizist und Mitherausgeber der Zeitschrift „Sozialismus“ (Hamburg)
19 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

25 Wahlkampfauftakt mit Dr. Eva-Maria Stange

Mit Eva-Maria Stange, dem Jenaer Oberbürgermeister Dr. Albrecht Schröter und vielen Gästen
11 Uhr | Goldener Reiter

28 Sitzung des Stadtvorstands

18 Uhr | Haus der Begegnung | Großenhainer Straße 93

DIE LINKE.**1. MAI
PICK
NICK**

11 Uhr Alaunpark

Bibliothek der RLS in der WIR-AG

Martin-Luther-Str. 21

Öffnungszeiten:

Di + Mi:

10.00 - 12.30 und 13.30 - 17.00 Uhr

Do: 10.00 - 12.30 und 13.30 - 16.00 Uhr

Neu in der Bibliothek:

Schmalstieg, Catharina:

Prekarität und kollektive Handlungsfähigkeit: Gewerkschaftsarbeit im Niedriglohnssektor. Das Beispiel USA.

Hamburg, VSA-Verlag 2015, 240 S.

MAI

01 Picknick der LINKEN im Alaunpark

ab 11 Uhr mit der Bundesvorsitzenden Katja Kipping und OBM-Kandidatin Dr. Eva-Maria Stange

Maifest des DGB am Volkshaus

10:45 Uhr Auftakt mit Crazy Ties BigBand
11 Uhr Kundgebung mit André Schnabel (DGB-Stadtverband Dresden), Dr. Hans-Jürgen Urban (Vorstand der IG Metall) und Dr. Eva-Maria Stange (OBM-Kandidatin)
12:30 Uhr Familienfest

04 Bürgersprechstunde der Ortsbeirätinnen und Beratung des Ortsvorstandes Blasewitz

18 Uhr | Bürgertreff „Marie“ | Breitenauer Str. 17

DIE LINKE. Eine für alle! Dresden

18:30 Uhr • HdB • Großenhainer Str. 93 • www.dielinke-efa-dresden.de

05 Fraktionssitzung

18 Uhr | Beratungsraum 13, 4. Etage Dresdner Rathaus

07 Stadtratssitzung

16 Uhr | Kulturrathaus | Königsstraße 15

08 Spasibo-Thank You-Merci Veranstaltungen zum Tag der Befreiung in der WIRAG

Mit einer Sonderschau internationaler Grafiken zum Thema „Frieden“ (1956), Diskussionen, Lesung und Film
Gemeinsame Veranstaltungen des WIR e.V. und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
ab 16 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

Frühlingspurzelbaum

jedes Jahr neu leben
meine Freiheit

zu sein

[Janina Niemann-Rich]

12 Die Kunst des Aushaltens -Von der Ambivalenz Kunst zu machen und davon leben zu müssen

Impulsreferate und Diskussion mit Jürgen Schieferdecker (Maler, Grafiker und Objektkünstler); Ben Deiß (Geschäftsführer der Dresdner Sinfoniker); VertreterIn der Initiative art but fair; Moderation: MdL Annekatri Klepsch
Eine gemeinsame Veranstaltung des BürgerInnenbüro MdL Annekatri Klepsch und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
19 Uhr | riesa efau, KulturForum Dresden Dachsaa | Wachsbleichstraße 4a

18 DIE LINKE. Eine für alle! Dresden

18:30 Uhr • HdB • Großenhainer Str. 93 • www.dielinke-efa-dresden.de

19 "Häuser erhalten! Räume eröffnen."

Film und Diskussion mit Regisseur Holger Lauinger, Eine gemeinsame Veranstaltung des WIR e.V. und der RLS Sachsen
18 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

20 Naturschutz FAIRlangt Entschuldung! Arten-, Biotop- und Klimaschutz unter globalen Marktinteressen

Vortrag und Diskussion mit Jürgen Kaiser, erlassjahr.de, Eine gemeinsame Veranstaltung des HdK, der Bildungsinitiative „Sachsen im Klimawandel“, der Arbeitsstelle Eine Welt in der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen, des BUND – Regionalgruppe Dresden und der Rosa – Luxemburg – Stiftung Sachsen
19 Uhr | Altes Wettbüro | Antonstraße 8

21 BürgerInnensprechstunde mit Stadträtin Annekatri Klepsch, MdL

Um Anmeldung unter **0351-8214793** wird gebeten.
ab 16 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

Sitzung des Ortsvorstands Prohlis

18 Uhr | Querformat | Herzberger Straße 6

Ständige Termine in der WIR AG, Martin-Luther-Str. 21:

- jeden Dienstag, 18 Uhr, offenes Treffen der linksjugend [solid] Dresden
- jeden Dienstag, 20 Uhr, offenes Treffen von DIE LINKE.SDS Dresden (Linke Hochschulgruppe der TU Dresden)
- jeden Donnerstag, 10 Uhr, „Griechischer Stammtisch“ Vereinigung Griechischer Bürger in Sachsen e.V. (es wird nur Griechisch gesprochen)
- jeden 2. Freitag im Monat, 18:30 Uhr, Treffen der Initiative Grundeinkommen

Ständige Termine im Roter Renner, Rudolf-Renner-Str. 49

Montag: 14–16:30 Uhr
Dienstag: 16–17.30 Uhr
Mittwoch: 14–16:30 Uhr
Donnerstag: 16–17.30 Uhr
»Offenes Büro«

Öffentliche Ortsvorstandssitzung
zweiter Mittwoch im Monat ab 17:30 Uhr
jeden 1. Donnerstag:
Stammtisch ab 15:30 Uhr

KPF - Kommunistische Plattform in der LINKEN

jeden zweiten Dienstag 15:30 Uhr
im Haus der Begegnung - Empore

Wir trauern um unseren
Genossen

Werner Gelfert

der am 02. April 2015 mit 77 Jahren
verstarb.

Wir werden sein Andenken
in Ehren bewahren.

Stadtvorstand DIE LINKE. Dresden
DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat
Förderverein Haus der Begegnung
Ortsverband Dresden-Altstadt

Sehr herzlich zum Geburtstag gratulieren wir unseren GenossInnen

Georgios Aihmalotides, Neustadt
Johannes Albert, Prohlis
Christoph André, Nord
Christine Angermann, Prohlis
Inge Becker, Altstadt
Gerlinde Boden, Altstadt
Julia Bonk, Neustadt
Irmgard Brunner, Altstadt
Lothar Böhme, Neustadt
Sven Creutziger, Altstadt
Margarethe Dau, Blasewitz
Dieter Drache, Altstadt
Renate Drache, Altstadt
Karl Drescher, Blasewitz
Werner Egert, West
Elke Eichler, Nord
Cornelia Eichner, West
Hans-Joachim Eitze
Lars Göran Fernkorn, West
Joachim Fischbach Blasewitz
Ursula Freudenberg, Plauen
Annelies Frey, Plauen
Klaus Förster, Pieschen
Sylvia Gebauer, Nord
Walter Germann, Blasewitz
Annegret Gieland, Neustadt

Falk Gnilka, Pieschen
Lucie Haase, Neustadt
Heinzjürgen Hagenmüller, Neustadt
Nils Haunschild, Altstadt
Dirk Haupt, Altstadt
Karin Haupt, Neustadt
Birgit Hellfeld
Uwe Falk Hensel, Blasewitz
Harri Hessel, Altstadt
Rita Hoja, Prohlis
Monika Hollasky, Neustadt
Hannelore Holz, Altstadt
Martin Höder, Pieschen
Max Hörold, Neustadt
Peter Jaensch, Blasewitz
Elisabeth Jahns, Blasewitz
Elke Jänicke, Pieschen
Hellmut Kaiser, Pieschen
Walter Kammel, Altstadt
Jan-Robert Karas, Pieschen
Wolfgang Klier, West
Heinz-Dieter Knebel, Altstadt
Paul Krauße, Blasewitz
Gudrun Krebs, Neustadt
Wolfgang Kröber, Altstadt

Annemarie Krüger, Prohlis
Werner Kullmann, Blasewitz
Peter Kätzel, Nord
Ronny Künanz, Neustadt
Stephan Letsch, West
Bernd Lichtenberger, Nord
Vivien Lorenz, Altstadt
Frank Christian Ludwig, Prohlis
Wolfram Löschigk, Prohlis
Günter Machold, Altstadt
Hans Mehlhorn
Kathleen Melzer, Blasewitz
Annelies Menzel, Blasewitz
Ursula Mierswa-Dienel, Altstadt
Günther Mittmann, West
Monika Muchamedjarowa
Matthias Mulke, West
Stefan Möbius, Plauen
Katrin Mühle, Pieschen
René Mütze, West
Rolf Oehler, Neustadt
Florian Paulig, Pieschen
Horst Pfab, Neustadt
Andrea Pohl, Nord
Helga Polenz, Blasewitz
Siegfried Quint, Neustadt

Karin Reuter, Prohlis
Ulrike Richter, Leuben
Alexandra Riedel, Blasewitz
Karl Schaarschmidt, Blasewitz
Dieter Walter Scheuch, Neustadt
Erika Schindler, Neustadt
Jürgen Schmelzer, Nord
Anja Scholz, Blasewitz
Wilhelm Scholz, Blasewitz
Helga Schroeder, West
Waltraut Schubert, Blasewitz
Rainer Schütz, Neustadt
Rolf Seipt, Leuben
Eduard Selonny, Blasewitz
Erika Seydewitz, Neustadt
Peter Streit, Altstadt
Jutta Stupis, Altstadt
Ursula Teuber, Altstadt
Peter Thalheim
Kerstin Wagner, Blasewitz
Olaf Wenzel, Blasewitz
Kay Werner, Pieschen
Sarah Wiedermann, Pieschen
René Winkler, Blasewitz
Siegfried Winkler, West
Hans-Dieter Wittenberg, Altstadt

Rosa Luxemburg Stiftung aktuell

Veranstaltungsreihe Kultur- und Kreativwirtschaft



Foto: Herbert Raschke / pixelio.de

von Susann Scholz-Karas

Die Kultur- und Kreativwirtschaft kommt dem Umfang nach großen Branchen wie dem Maschinenbau gleich. Ihre Bedeutung dagegen wird erst nach und nach erkannt.

Im Jahre 2011 arbeiteten 984.166 Selbstständige und versicherungspflichtige Menschen in der Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland und setzten 143,38 Milliarden Euro um. (Quelle: Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung)

Die Begrifflichkeiten, wirtschaftsstatistische Erhebungen und Förderinstrumente sind noch unzulänglich. Die Kultur- und Kreativwirtschaft bedarf einer linken Perspektive. Während einige der Kreativen, der KünstlerInnen und Kulturschaffenden durchaus ihr Auskommen gesichert haben, arbeiten viele prekär und werden durch Erhebungen gar nicht erst erfasst.

Aus diesem Grund haben wir (RLS Sachsen, BürgerInnenbüro der MdL Annetrin Klepsch und Magnus Hecht, 2. Vorsitzender der LiveKomm) im letzten Jahr eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Kreatives Sachsen - Potentiale der Kultur- und Kreativwirtschaft im Freistaat“ gestartet. Die erste Veranstaltung beschäftigte sich mit dem Begriff der Kultur- und Kreativwirtschaft und der wirtschaftlichen Lage der in diesem Bereich tätigen Menschen. Viele Kreative, Künstlerinnen und Künstler diskutierten sehr leidenschaftlich gemeinsam mit Alexandra Manske, einer Wissenschaftlerin, Frank Eckhardt vom riesa efau und Annetrin Klepsch zu diesen Fragen.

Nun gehen wir am 12.05., 19.00 Uhr in die 2. Runde. Wir laden alle Interessierten in das neue KulturForum Dresden des riesa efau ein, um mit uns gemeinsam über „Die Kunst des Aushaltens - Von der Ambivalenz, Kunst zu

machen und davon leben zu müssen“ zu diskutieren. Wir fragen u.a. Jürgen Schieferdecker (Maler, Grafiker und Objektkünstler) und Ben Deiß (Geschäftsführer der Dresdner Sinfoniker): Wie gehen die „Kreativen“ mit den Ambivalenzen, kreativ sein zu wollen und davon leben können zu müssen, um? Welchen Weg haben sie sich gesucht,

ihre Kreativität unter dem Druck der Wirtschaftlichkeit nicht zu verlieren? Was erwarten sie von der Gesellschaft und der Politik? Was muss passieren, dass beide Seiten vereinbar sind?

Moderiert wird die Veranstaltung von Annetrin Klepsch. Kommt vorbei und diskutiert mit.

Die Kunst des Aushaltens



Von der Ambivalenz Kunst zu machen und davon leben zu müssen

Mit Jürgen Schieferdecker, Maler, Grafiker und Objektkünstler; Ben Deiß; Geschäftsführer der Dresdner Sinfoniker; VertreterIn der Initiative art but fair; Moderation: MdL Annetrin Klepsch, Eine gemeinsame Veranstaltung des BürgerInnenbüro MdL Annetrin Klepsch und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

12. Mai | 19 Uhr | riesa efau, KulturForum, Dachsaal | Wachsbleichstraße 4a

Cuba Si informiert

von Ursula Zierz

Am 21.03.2015 sind 151 Mitglieder einer staatlichen Einsatzgruppe kubanischer Ärzte nach einem Hilfseinsatz in Westafrika in ihr Heimatland zurückgekehrt. Die in der „Brigade Henry Reeve“ zusammengeschlossenen Fachärzte mit Spezialisierung auf Katastrophenschutz und Epidemiologie hatten dort in den vergangenen sechs Monaten bei der Bekämpfung des Ebola-Virus geholfen. 66 Mediziner helfen noch bis April in Sierra Leone. Der an Ebola erkrankte Internist war nach seiner Gesundung unter anderem nach Afrika zurückgekehrt. Kuba ist dafür bekannt, ein Drittel seines medizinischen Personals in andere Länder zu entsenden. Derzeit befinden sich unter anderem 4.000 Mediziner in über 30 Ländern Afrikas um gegen Krankheiten wie Ebola und Malaria zu kämpfen. Der Malaria waren seit Oktober auch zwei kubanische Mediziner zum Opfer gefallen, die zum Einsatz gegen die Ebola-Epidemie nach Westafrika gekommen waren. Daher gedachten die Rückkehrer auch ihren verstorbenen Kollegen, dem Krankenpfleger Reinaldo Villafranca, der in Sierra Leone gearbeitet hatte und Jorge Juan Guerra Rodríguez, Mitglied des Ebola-Vorsteams in Guinea. Die

kubanische Pädagogin Leonela Relys verstarb. Sie schuf die Methode, die es ermöglichte 8 Mio Menschen der Welt zu alphabetisieren. Name der Methode: „Yo si puedo“ oder „Ich kann es“. Aufgrund der aggressiven Warnungen der USA gegen Venezuela sprach sich UNASUR deutlich gegen mögliche ausländische Einmischungen in die inneren Angelegenheiten des Landes aus und betonte, man sei bereit, Venezuela bei der Lösung der politischen Krise über den Weg der Wahlen beizustehen.

Kuba betonte: So, wie Kuba nie allein war, wird es auch Venezuela niemals allein lassen. Die USA hoben im März Sanktionen gegen knapp 60 meist in Panama ansässige Unternehmen auf, die wegen geschäftlicher Beziehungen zu Kuba auf einer schwarzen Liste standen. Vorrangig waren dies Schiffsunternehmen und Handelsfirmen aus Tourismus, Landwirtschaft und Fischerei. Denkt einer arges, da doch am 10./11.04.015 der OAS- Gipfel in Panama statt fand! Hoffen wir, dass es nicht nur beim Händedruck der Präsidenten der USA und Kuba bleibt, sondern die Großmacht Verhandlungen auf Augenhöhe anstrebt.

Sammlungen 2015

05. März,
04. Juni,
03. September,
03. Dezember



Spendenkonto:
DIE LINKE/Cuba Si Dresden
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074
Verwendungszweck:
„Milch für Kubas Kinder“

In eigener Sache

Den meisten KubafreundInnen ist bekannt, dass die AG Cuba Si seit 22 Jahren besteht und eine aktive Solidaritätsarbeit für Kuba betreibt. Leider sind wir im Laufe der Jahre an unsere Altersgrenzen gestoßen, so dass wir aus besagten und Gesundheitsgründen in diesem Jahr keinen Kuba- Solidaritätsstand zum 1. Mai ausrichten können. Wir sind über unsere Entscheidung sehr unglücklich, da dieser Tag mit den vielen Bürgerkontakten für uns alle ein politischer Höhepunkt war. Wir wenden uns deshalb an alle Sympathisantinnen und vor allem die neuen Mitglieder der Partei: Wenn Ihr etwas bewegen möchtet, wo Ihr konkret an Ergebnissen beteiligt sein würdet, nehmt zu uns Kontakt auf! Es wäre nicht nur schade, sondern unmöglich, wenn eine gut organisierte Gruppe mit vielen Kontakten an der Unterstützung „neuer Aktiver“ scheitern müsste.

Kontakt: ursula.zierz@cmb-dresden.de

Redaktionsschluss 2015

21.01.2015, 11.02.2015
04.03.2015, 15.04.2015
06.05.2015, 03.06.2015
08.07.2015, 09.09.2015
30.09.2015, 28.10.2015
10.12.2015

Impressum
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
www.dielinke-dresden.de
E-Mail: linksblatt@web.de
V.i.S.d.P. Annetrin Klepsch, Tilo Kießling
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Annetrin Klepsch, Tilo Kießling, Katja Kipping, Ursula Zierz, Pia Barkow, Florian Paulig, Max Schöne, Franziska Fehst, Sebastian Frech, Dr. Wilfried Trompelt, Sarah Buddeberg, Sven Brajer, Rotraut Nähter
Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH, Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 5.500 Exemplare, Vertrieb: Siblog, Schneller ist besser!



Hartz IV ist nur durch eines verbesserbar: seine Abschaffung

Allegro morendo

von Katja Kipping

Günter Wallraffs Reportage über Jobcenter zeigt das auf, was DIE LINKE schon immer kritisierte - die Zustände in den Jobcentern: verschwindende Anträge und Unterlagen, zum Teil entwürdigende und unsinnige Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, überlastete MitarbeiterInnen, statistische Schönrechnerei...

Wallraffs Bericht zeigt die Auswüchse des Hartz-IV-Systems. Es ist nicht zu reparieren. Denn das System ist grundsätzlich falsch. Es ist ein Unrechtssystem. Es ist eine Fehlkonstruktion, unter der Millionen Menschen leiden müssen.

Die Reaktionen auf die Veröffentlichung der Zustände reichten von Ignoranz (Andrea Nahles, Bundesministerin), Schönreden und Beschwichtigen durch die Bundesagentur für Arbeit und Empörung auf das Beschwichtigen sowie Bestätigung der unhaltbaren Zustände in den Jobcentern, so von den Personalräten der Beschäftigten in den Jobcentern. Auch im Ausschuss für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag kam es zu heftigen Debatten.

In ihrem Blog bringt es die „Hartz-IV-Rebellin“ Inge Hannemann auf den Punkt: „Das System ist in meinen



Foto: Dr. Klaus-Uwe Gerhardt / pixelio.de

Augen nicht reformierbar und Konsequenzen, sei es auch personell, müssen folgen. Es gehört abgeschafft.“

Welche Blüten die Verschlimmbesserungen innerhalb des Systems Hartz IV treibt, zeigt die im letzten Jahr eingeführte Verwaltungssoftware „Allegro“. Geschaffen, um die Handhabung für die Mitarbeiter der Arbeitsagentur zu erleichtern und die Bescheide für die ALG II-Beziehenden verständlicher zu machen, hat es einen Nachteil, der Kopf-

schütteln hervorruft: Grundsätzlich jedes Anschreiben muss von einem Kollegen gegengelesen werden - selbst eine simple Einladung zum Gespräch. Grundsätzlich sei das bei Berechnungen und Leistungsbescheiden sogar sinnvoll, erklärte mir dieser Tage der Personalrat eines Großstadt-Jobcenters. Da das Programm aber nicht zwischen komplizierten und simplen Geschäftsgängen unterscheidet, wird es zur zeitraubenden Farce, besonders, weil man nicht stets den gleichen Kollegen gegenlesen lassen darf. Hat

man als Mitarbeiter kurz vor Feierabend ein Anschreiben fertig, findet aber keinen autorisierten Gegenleser mehr, wird es mitunter haarsträubend: Nach 18.00 Uhr löscht das Programm alle nicht gegengelesenen Dokumente automatisch.

Nun steht Allegro in der Musik für fröhlich, heiter. Bei den Mitarbeitern, die vielleicht eine Stunde am Bescheid gearbeitet haben, dürfte sich die Heiterkeit wohl in Grenzen halten.

Ein Kommentar zur Flüchtlingspolitik

von Sebastian Frech

Weltweit befinden sich Millionen Menschen auf der Flucht. Sie verlassen ihre Heimat schweren Herzens aufgrund von Bedrohung durch Kriege, Elend und Seuchen.

Nur wenige Flüchtlinge fliehen gen Europa, die meisten verbleiben in den Nachbarländern ihrer Herkunftsstaaten. Noch weniger derer, die sich auf den Weg machen, erreichen überhaupt die Europäische Union, schaffen es noch seltener über die Grenze derselben.

Lediglich ein winziger Bruchteil der Menschen, die ihre Wurzeln verloren haben, kommt nach Rheinland-Pfalz.

Dennoch ist der Umgang mit Flüchtlingen von Ressentiments, Bürokratie, Unwillen und Ignoranz geprägt. In den wenigsten Kommunen steht Wohnraum



Foto: Maren Beler / pixelio.de

für Flüchtlinge in ausreichender Zahl zur Verfügung. Die dezentrale, private Unterbringung wird in vielen Gemeinden deshalb praktiziert, weil schlicht keine anderen Unterbringungen möglich sind, da jahrzehntelanges finanzielles Ausbluten der Kommunen keinerlei eigene soziale Wohnbauprojekte mehr zulassen.

Rheinland-Pfalz hat massive Defizite, die nicht nur ein schlechtes Licht auf den Umgang mit Menschen werfen, die um Schutz und Hilfe ersuchen, sondern die auch ganz klar machen,

dass die politisch Verantwortlichen über Jahrzehnte hinweg versagt haben.

DIE LINKE fordert die Kommunen zum selbstbewussten Schulterchluss auf, um die notwendigen Mittel für gute Migrationsarbeit künftig von Bund und Land zu erhalten. Unterbringungsmindeststandards müssen her, für Flüchtlinge genauso wie vor Erwerbslose oder Obdachlose. Eine umfassende medizinische Grundversorgung ist ebenso sicherzustellen wie umfassende Integrationsangebote für Flüchtlinge. So muss

es quasi vom ersten Tag ab eine psychologische Betreuung für Traumatisierte geben. Die Kosten sollten hierbei keine Rolle spielen. Denn Menschen, die in der Not nach Deutschland kommen und hier ein herzliches Willkommen und klare Perspektiven zu Neuansiedlung und Teilhabe vorfinden, werden mittelfristig weitaus mehr für das bundesdeutsche Gemeinwesen beitragen, als sie vermeintlich an Kosten verursachen.

Vor allem dankt DIE LINKE in Rheinland-Pfalz dem ehrenamtlichen Engagement so vieler Menschen in der Flüchtlingshilfe, die es sich zur Aufgabe gemacht haben durch die freiwillige Übernahme originär staatlicher Pflichten eine Situation zu entspannen, die gar nicht erst entstanden wäre, wenn Bund und Land ihrer sozialpolitischen Verantwortung gerecht werden würden.

Drei gute Taten für die OB-Wahl am 7. Juni in Dresden:



Dr. Eva-Maria Stange

Unterstützungsschreiben leisten für Eva-Maria Stange im Wahlamt (Ortsamt Altstadt, Theaterstraße; Personalausweis mitbringen) montags, freitags: 9 bis 12 Uhr; dienstags, donnerstags: 9 bis 18 Uhr; mittwochs: geschlossen Montag, 11.05.2015: 9 bis 12 Uhr und 13 bis 18 Uhr; Tel. 0351/488 1101)

Unterstützungserklärung im Internet auf: gemeinsam-fuer-dresden.de

Warum ich Eva-Maria Stange als Oberbürgermeisterin wähle

Spenden für die Wahlkampffinanzierung:

Konto DIE LINKE Dresden
IBAN DE93850503003120183074

Ostsächsische Sparkasse Dresden
Verwendung:
Spende Wahlkampf

Gemeinsam für Dresden.